

Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gemeinschaft: 25 241.
Kurz für Nachrichten: 20 011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Verständlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zustellung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Versicherung) 2 40 Wk. monatlich 1 50 Wk. Die einseitige 27 mm breite Seite 75 Pf. Mit Kopieren unter Glas und Wiedergabe, druckfähige An- und Briefe 10 Wk. Gegenüber liegt Tarif. Unvollständige Kollagen gegen Übernahme. Gesamtsumme 15 Pf. Sonntags 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 25/40.

Druck u. Verlag von Viehig & Reichardt in Dresden.
Hofstraße-Rotze 19 205 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unrichtige Geschäftsstellen werden nicht aufbewahrt.

Aluminium-Geschirr
das beliebteste für jede Küche.
Verschiedene Formen. Billige Preise.
Gebrüder Eberstein :: Altmarkt 7.

Tränkners Möbelhaus
21/23 Görlitzer Straße 21/23
Sehenswerte Ausstellung.

Projektions-Apparate
in allen Arten und Preislagen
— für Schule und Haus. —
Carl Plaul :: Dresden :: Wallstr. 25.

Die Einführung der neuen Reichsverfassung.

Die neue Reichsverfassung in Kraft getreten.

Berlin, 13. Aug. Das „Reichsgesetzblatt“ veröffentlicht die neue Verfassung, die damit in Kraft getreten ist. Der Reichspräsident hat den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Gustav Bauer, zum Reichskanzler ernannt. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung führt von jetzt an die Bezeichnung Reichstag. Die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, Staatenansatz, hat aufgehört zu bestehen. An seine Stelle ist der Reichsrat getreten. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reiches und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstiger öffentlicher Anstalten, sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind.

Die Verordnung über die Vereidigung der öffentlichen Beamten lautet: Auf Grund des Artikels 176 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1883) wird verordnet:

Art. 1: Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht sind unverzüglich auf die Verfassung des Deutschen Reiches zu vereidigen, und zwar leisten 1. die Reichsbeamten den Eid: Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Befehlen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten; 2. alle übrigen öffentlichen Beamten den Eid: Ich schwöre Treue der Reichsverfassung; 3. die Angehörigen der Wehrmacht den Eid: Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine geschlossenen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.

Art. 2: Die Landesregierungen können an Stelle der Vereidigung nach Art. 1 Ziffer 2 anordnen, daß im Dienstfeld, den die Beamten nach Landesrecht zu leisten haben, die Worte eingeschrieben werden: Treue der Reichsverfassung.

Art. 3: In gleicher Weise sind künftig alle neuernannten öffentlichen Beamten und alle Angehörigen der Wehrmacht vor dem Dienstantritt zu vereidigen.

Art. 4: Die von den Beamten und Angehörigen der Wehrmacht unterzeichneten Nachweise über die Vereidigung sind zu verwahren.

Schwarzbürg, 11. August 1919.
Der Reichspräsident. Der Reichsminister des Innern.
gez. Ebert. gez. David.

Der Völkerbund mit Hindernissen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 12. Aug. Wie die „Morning Post“ erzählt, haben die Alliierten den Termin der Konkretisierung des Völkerbundes, der auf den 1. November festgesetzt war, um sechs Monate verschoben. Die Schwierigkeit einer früheren Erledigung der Völkerbündungsverträge in den Parlamenten der alliierten Staaten sei bei der Festlegung des Völkerbündabkommens nicht vorzuaussehen gewesen.

Berlin, 12. August. Der Friedensauschuss des Senats hörte in der gestrigen Sitzung den Bericht des Senators Delaunoy über den Völkerbund. Alsdann sprach der Senator Reynolds über die Friedensbedingungen, betreffend das Saargebiet und sagte: Im Augenblick sei die militärische Verfassung im Saargebiet gern gegeben. Ihre Anordnungen würden von der Bevölkerung gebilligt. Wenn auch die Großindustriellen dem Alldeutschtum ergeben seien, selge sich dennoch keinerlei Feindseligkeit gegen Frankreich. Die Regierung werde im Saargebiet durch fünf Personen verschiedener Nationalität ausgebildet, das sei ein Problem, von dem man nicht im voraus sagen könne, ob es sich bewähren werde. Reynolds vertrat die Ansicht, daß Frankreich im Saargebiet eine besondere wirtschaftliche Stellung einnehmen werde, die ihm jedenfalls einen großen Einfluß sichere.

Ein englisches Urteil über Deutschland.

London, 12. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) In einem Bericht veröffentlicht die englische Regierung das Gutachten der britischen Kommission zur Prüfung der Lage in Deutschland. Diese Kommission ist zu dem Schluss gekommen, daß eine bis zwei Generationen vergehen werden, ehe das deutsche Volk seine frühere Arbeitskraft neu gewonnen hat. Auf lange Zeit hinaus ist jedenfalls eine Bedrohung des europäischen Friedens durch Deutschland (d. h. durch den deutschen Wettbewerb) ausgeschlossen. Deutschland braucht sofort Rohmaterial für seine Arbeiter, Rohmaterialien für seine Industrie und Dünger für den Ackerbau. Selbst aber, wenn es alles von der Entente erhält, wird es noch Jahre dauern, ehe der frühere Wohlstand wiederhergestellt ist.

Die Anerkennung der „österreichischen“ Republik.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 12. Aug. Nach einer Meldung aus Paris hat der Oberste Rat der Alliierten beschlossen, Deutschland als österreichische Republik anzuerkennen.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Ministerpräsident Hirsch erklärte heute einem Mitarbeiter des „Nacht- und Nebelblattes“ über die Vorgänge in Oberschlesien: Oberschlesien fordert die Autonomie. Die Forderung nach Schaffung eines selbständigen Staates innerhalb des preussischen Staatenverbandes ist bereits von sämtlichen Parteien anerkannt worden. Auch die preussische Staatsregierung wird sich dieser Forderung nicht widersetzen. Deshalb ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß in der preussischen Landesversammlung sich eine Mehrheit für die Autonomie finden wird. Die Schaffung einer selbständigen Provinz Oberschlesien gemäß den Forderungen ihrer Bewohner ist also nur noch eine Frage der Zeit.

Der oberschlesische Ausstand.

60 Prozent der Gruben im Streik.
Trotz einbrüchlicher Beschöpfung, dem Streikwahnsinn Einhalt zu tun, und obwohl das Gespenst der Kohlennot des kommenden Winters von Tag zu Tag deutlicher und schrecklicher Formen annimmt, verharren die oberschlesischen Kohlenarbeiter im Streik. Sie fahren fort, ihre Forderungen der Einsicht zu verschleiern, daß sie selbst und ihre Familien unweigerlich am allerschwersten von der Katastrophe betroffen werden, die sie durch ihr Verhalten heraufbeschwören.

Wie den „P. P.“ aus Katowitz gedruckt wird, greift der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier immer weiter um sich. Zu den bereits gemeldeten ausständigen Gruben sind im Laufe des Dienstags nachmittags noch hinzutreten: Das Südfeld der Königsgrube bei Königsgrube, das Südfeld der „Königgrube“ bei Labara, die „Kleopatras“ und „Konfordia-Grube“. Hiermit kann man den Ausstand auf auf 60 Prozent des gesamten oberschlesischen Kohlenbergbaus bemessen.

Der Schaden, der der deutschen Volkswirtschaft durch diesen politischen Streik erwächst, ist ungeschätzt groß. Nach nur oberflächlichen Berechnungen dürfte der Lohnausfall der beiden letzten Streiktage etwa eine Million Mark betragen; der Wert der ausgefallenen Kohlenförderung wird auf etwa 4 Millionen Mark geschätzt. Dazu kommen noch die enormen wirtschaftlichen Schäden, die den übrigen Industriezweigen aus dem Streik der Kohlenarbeiter erwachsen. Die Stilllegung erheblicher industrieller Wirtschaftszweige rückt immer mehr in bedrohliche Nähe. So haben nach Meldungen die Drahtfabriken der ober-schlesischen Papierindustrie in Ziegenhals und Trappitz sich gezwungen gesehen, ihren Betrieb wegen Kohlenmangels und Transportbehinderungen völlig einzustellen.

Verhandlungen zur Beilegung des Streiks.

Katowitz, 12. Aug. Die Presestelle des Staatskommissariats schreibt: Am Dienstagabend fand in Katowitz auf Einladung und unter Vorsitz der Vertreter des Staatskommissariats in Sachen des neuen Bergarbeiterstreiks eine Verhandlung statt, an der Gewerkschaftsvertreter sämtlicher Richtungen, ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes und 80 Deputierte der Streikenden teilnahmen. Gegenstand der Verhandlungen waren die Streikforderungen der Deputierten. Nach längerer Verhandlung wurde von dem Vertreter des Staatskommissariats nachstehender Vermittlungsvorschlag gemacht: Die Vertreter der Gewerkschaften erklären sich bereit, für folgende Forderungen einzutreten und deren Verwirklichung herbeizuführen: 1. Wiedereröffnung der Arbeiter gemäß den Forderungen 1 und 2. 2. Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe. 3. Wahrung des Belagerungszustandes, damit Konferenzen und Versammlungen wirtschaftlicher Art unangestört und unbemerkelt stattfinden können. 4. Mit dem Beitritt des polnischen Zentralverbandes in die Arbeitgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiter erklären sich die Organisationsvertreter einverstanden. 5. Die Behörde verspricht, für die Haftentlassung einiger verhafteter politischer Führer einzutreten, die sich eines Verbrechen nicht schuldig gemacht haben. Wegen politische Führer, die sich eines Verbrechen nicht schuldig gemacht haben, bestehen keine Haftbefehle. Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen diese Vorschläge an. Die Deputierte der Streikenden erklärten, mit diesen Vorschlägen an ihre Belegschaften heranzutreten und ihre Annahme empfehlen zu wollen.

Katowitz, 12. Aug. Ueber die Streiklage ist mitzuteilen, daß die Belegschaft der Ritterschächte die Arbeit bedingungslos ausgenommen hat. Neu in den Ausstand getreten sind die Prinzengrube, Wiese und Herbrandgrube. Der Streik umfaßt etwa 65 bis 70 v. H. des oberschlesischen Kohlenbestrits.

Zusammenschluß der oberen Bankbeamten.

Berlin, 12. Aug. Wie die Vereinigung der Oberbeamten im Bankgewerbe mitteilt, macht der Zusammenschluß der oberen Bankbeamten, die ihre Interessen durch das neue Betriebsratsgesetz ungenügend gewahrt und benachteiligt sehen, weiter Fortschritte. Wesentlich sind Ortsgruppen der Vereinigung der Oberbeamten im Bankgewerbe gebildet worden oder in Bildung begriffen. Auch die Oberbeamten der Diskonto-Gesellschaft in Berlin haben sich der Bewegung nunmehr angeschlossen. Auf einer Tagung im „Reichsgebäude“, die vor einigen Tagen stattfand, haben die Teilnehmer fast einstimmig die Bildung einer Betriebsgruppe beschlossen.

Was ist? Wie wird es werden?

Der Reichsfinanzminister hat seine schon vor längerer Zeit angekündigte große Rede über die neuen Steuern gehalten. Von ihr gilt, wie von vielen, was Erzberger produziert, das Wort: Wenn man's so hört, möcht's lieblich scheinen. Wer es dann aber beim Hören nicht bewenden läßt, sondern sich bemüht, den Dingen etwas auf den Grund zu gehen, der wird stets auf Widerstände und ungelöste Fragen stoßen. Nach außen ist alles hübsch populär zugestrichelt, innen ist vieles hohl, auch in dem „durchdachten Steuersystem“, das der Reichsfinanzminister am Dienstag in der Nationalversammlung entwickelt hat. Wir wissen schon, „was ist“; wissen, daß wir im größten Finanzelend leben und wukten schon seit annähernd zwei Jahren, wo in einer bei Lehmann in München erschienenen Schrift „Der Bankerottfriede“ die Folgen eines verlorenen Krieges entwickelt wurden, daß wir mit einer jährlichen Belastung von 21 Milliarden zu rechnen haben würden. Nun sind es nicht 21, sondern dank der Revolution 25 Milliarden geworden. Der Unterschied ist schließlic, da wir ohnehin tief in den Milliardenschulden drin stecken, nicht erheblich. Das aber kann bei dieser Gelegenheit wohl festgestellt werden: Hätten die Regierungen und die Parteien rechtzeitig auf die Warnungsrufe gehört, dann wäre ihnen heute das stärkere Erwachen erspart geblieben. Daran ist aber jetzt nichts mehr zu ändern, sehen wir zu, ob auf dem Wege, den Erzberger das deutsche Volk zu führen gedenkt, die Rettung zu finden ist.

Das Schlimmste, sagt der Reichsfinanzminister, wäre ein Staatsbankrott, der hier einem Volksbankrott gleichkäme. Zweifellos wären die Folgen einer allgemeinen Zahlungseinstellung des Reiches gar nicht absehbar; niemals zuvor lebten so viele vom Reiche und zum Teil geradezu auf Kosten des Reiches wie heute, niemals zuvor hatte das Reich höhere Verpflichtungen seinen Bürgern gegenüber als jetzt. Hätten sie mit einem Schläge geschrien, so wären Millionen ins Elend gestürzt. Aber mißte denn das sein? Wäre es nicht denkbar, daß, um beispielsweise die schwebende Schuld, die uns wie ein Alog am Bein hängt, festzulegen, eine Untersuchung darüber veranlaßt wird, welche Verpflichtungen des Reiches vorläufig für eine Reihe von Jahren ruhen könnten, ohne allzu bedenkliche volkswirtschaftliche Wirkungen? Wir wollen diesen Gedanken nur streifen, um zu zeigen, daß man nicht gleich an Staatsbankrott oder „Volksbankrott“ zu denken braucht, wenn man den Gedanken einer zeitweiligen Verminderung gewisser finanzieller Verpflichtungen des Reiches ins Auge faßt. Das Reichsfinanzministerium will sich aber darauf nicht einlassen. 25 Milliarden Mark sind fünfzehn Jahre für Jahr zur Deckung des laufenden Bedarfs notwendig, 25 Milliarden Mark müssen also künftighin an Steuern aufgebracht werden. Es ist gewiß ein gesunder Grundsatz, wenn man alles, was das Reich braucht, sofort auch zu beschaffen sucht. Es fragt sich nur, ist diese Summe nicht viel zu gewaltig, als daß sie überhaupt beschafft werden könnte? Es fragt sich, ist unier schwindlicher Wirtschaftskörper heute einer so riesenhaften Anstrengung fähig? Wir haben vor dem Kriege eine Handelsbilanz von 22 Milliarden jährlich gehabt. Nach dem heutigen Markkurs wären das ungefähr 66 Milliarden, ein Steuerbetrag von 25 Milliarden macht 40 v. H. dieser Summe aus, also ganz sicher erheblich mehr, als unsere ganze blühende Industrie und unser hochentwickelter Handel an Rohgewinn aus dem damaligen, gewaltig gesteigerten Ausfuhrgeschäft gezogen haben. Heute liegt unser Handel völlig darnieder, haben sich die Arbeitsleistungen in der Industrie um durchschnittlich 50 v. H. vermindert, die Löhne dagegen um mindestens 25 v. H. erhöht. Die Rentabilitätsgrenze ist so ziemlich überall erreicht, vielfach sogar schon überschritten, die Werte werden stetigsteif. Man kann den durchdachten Steuerplan aufstellen, er wird scheitern an der nackten Unmöglichkeit, das Geforderte zu leisten.

Nun ist aber der Steuerplan des Reichsfinanzministers längst nicht so durchdacht, wie behauptet wird. Vor allem vermiffen wir in Erzbergers Rede eine, nämlich eine, wenn auch nur annähernde Schätzung dessen, was die deutsche Volkswirtschaft leisten kann, ohne den weißen Tod zu erleiden. Der Reichsfinanzminister hat ganz allgemein von der großen Weidflüchtigkeit gesprochen. Sie ist aber wahrhaftig nicht die Folge eines sonderlichen Wohlstandes, sondern, so paradox das klingen mag, die Wirkung unserer Verarmung. Wer kann es denn heute wagen, Geld anzulegen, wo schließlich alles unsicher ist? Und dann, was haben wir denn für Geld? Es ist doch alles nur Papier, aus dem man sich schon, wenn man über den Bodensee fährt, Fibelbisse drehen kann. Der Reichsfinanzminister hat das in seiner Rede belläufig selbst zugegeben, als er sagte, daß 11 Milliarden heute schlicht gerechnet 33 Milliarden notwendig sein zur Bezahlung der Waren, die die Industrie früher aus dem Auslande bezogen habe. Nun ist es ja richtig, dem Reiche ist das schlechte Geld zur Bezahlung seiner Schulden gerade aut annua. Aber selbst dieses schlechte